

Protokoll

3. Parteitag

1. Tagung

18./19. Februar 2012

Jugendbildungszentrum Blossin

Inhalt

Tagesordnung des Parteitages	3
Besetzung der Kommissionen	6
Geschäftsordnung	7
Wahlordnung	9

Beschlüsse

Leitantrag „Wir verändern sozial gerecht, solidarisch, nachhaltig“	12
Energiewende in Brandenburg gestalten – versorgungssicher, ökologisch, nachhaltig, sozial gerecht	19
Für eine zukunftsfähige Energiepolitik	21
Feinde der Demokratie bekämpfen – Gefahr von Rechts endlich ernst nehmen!	22
Keine Bundeswehr an den Schulen, Kooperationsvereinbarungen verhindern!	22
Kontowechsel des Landesverbandes	22
Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung	23
Stärkung des Rechtsstaats in Brandenburg, Beratungshilfe	23
Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK)	23
Wahlalter 16	24

Wahlen

Wahl des Landesvorsitzenden	25
Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden	25
Wahl der Landesgeschäftsführerin	26
Wahl des Landesschatzmeisters	26
Wahlergebnis Landesvorstand	27
Wahlergebnis Landesfinanzrevisionskommission	28
Wahlergebnis Landesschiedskommission	28
Wahlergebnis Bundesausschuss	29
Wahlen Bundesausschuss, Ersatzliste	29

Ausgewählte Reden

Rede des Landesvorsitzenden Stefan Ludwig	30
Rede der Parteivorsitzenden Gesine Löttsch	34

Tagesordnung des Parteitages

Sonnabend, 18.02.2012

10.00 Uhr Eröffnung

10.10 Uhr Konstituierung des Parteitags

- Wahl des Tagungspräsidiums
- Beschluss der Tagesordnung mit Zeitplan, der Geschäftsordnung und der Wahlordnung
- Wahl der Kommissionen:
 - Mandatsprüfungskommission
 - Redaktionskommission
 - Wahlkommission
 - Antragskommission

10.40 Uhr Rede des Landesvorsitzenden Thomas Nord

11.00 Uhr Einbringung des Leitantrages des Landesvorstandes durch Stefan Ludwig

11.20 Uhr Diskussion zum Leitantrag/Generaldebatte

12.45 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr Rede von Helmuth Markov, Minister der Finanzen des Landes Brandenburg

13.50 Uhr Diskussion zum Leitantrag/Generaldebatte

14.30 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission

14.35 Uhr Antragsdebatte und Beschlussfassung zum Leitantrag

15.00 Uhr Anfragen und Beschlussfassung zu den Berichten

- des Landesvorstands
- des Landesausschusses
- der Landesschiedskommission
- der Landesfinanzrevisionskommission

15.15 Uhr Aufstellung der Liste der KandidatInnen für den Landesvorsitz

15.35 Uhr Wahlgang zur Wahl der/des Landesvorsitzenden

Pause

15.55 Uhr Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl der/des Landesvorsitzenden

Beschlussfassung zum Vorschlag des Landesvorstands über die Zahl der zu wählenden Stellvertreter,

Aufstellung der Liste für die Funktion

- der weiblichen stellvertretenden Landesvorsitzenden,

- der restlichen stellvertretenden Landesvorsitzenden (gemischte Liste),
- der Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers (LGF)
- der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters

17.15 Uhr Wahlgänge zu den stellvertretenden Landesvorsitzenden (Frauen und gemischte Liste) und zu den Funktionen LGF und LSM

17.30 Uhr Einbringung, Diskussion und Beschlussfassung zu den Anträgen A2 und A8 zur Energiepolitik

18.45 Uhr Pause zum Abendessen

19.30 Uhr Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlgänge zu den Stellvertretern und zu den Funktionen LGF und LSM

Aufstellung der Listen für die Sicherung der Mindestquotierung Frauen für die Wahl

- zum Landesvorstand,
- zur Landesfinanzrevisionskommission
- zur Landesschiedskommission
- der Delegierten im Bundesausschuss

20.30 Uhr Wahlgänge zur Sicherung der Mindestquotierung für die Wahlen

- zum Landesvorstand,
- zur Landesfinanzrevisionskommission
- zur Landesschiedskommission
- der Delegierten im Bundesausschuss

20.45 Uhr Abschluss des 1. Beratungstages

Sonntag, 19.02.2012

9.00 Uhr Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlgänge zur Sicherung der Mindestquotierung Frauen für die Wahlen

- zum Landesvorstand,
- zur Landesfinanzrevisionskommission
- zur Landesschiedskommission
- der Delegierten und Ersatzdelegierten im Bundesausschuss

9.15 Uhr Aufstellung der gemischten Liste für die Wahl

- zum Landesvorstand,
 - zur Landesfinanzrevisionskommission
 - zur Landesschiedskommission
 - der Delegierten im Bundesausschuss
- und Aufstellung der Frauenliste für die Ersatzdelegierten im Bundesausschuss

10.55 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission

11.00 Uhr Wahlgänge zu den gemischten Listen

- zum Landesvorstand,
- zur Landesfinanzrevisionskommission

- zur Landesschiedskommission
- der Delegierten im Bundesausschuss
und Wahlgang zur Frauenliste für die Ersatzdelegierten im Bundesausschuss

11.15 Uhr Rede der Fraktionsvorsitzenden im Brandenburger Landtag Kerstin Kaiser

11.35 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse und Aufstellung der gemischten Liste für die Ersatzdelegierten im Bundesausschuss und Wahlgang

11.55 Uhr Thomas Falkner zu den Thesen zur Leitbilddiskussion des Landesverbandes

12.15 Uhr Mittagspause

13.00 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse

13.05 Uhr Behandlung, Diskussion und Beschlussfassung des Antrages A7 zur Bildungspolitik

14.05 Uhr Behandlung und Beschlussfassung der Anträge A3, A4, A5, A6, A9, A10, A11, A12, A13

16.05 Uhr Behandlung und Beschlussfassung der Anträge B1, B2, B3 und B4 und evtl. weiterer Anträge

16.35 Uhr Schlusswort der/des Landesvorsitzenden

* Alle Wahlgänge mit „fliegenden Urnen“ – inklusive Ausgabe der Wahlscheine

Besetzung der Kommissionen

Arbeitspräsidium

Daniel Golze	HVL
Matthias Loehr	Lausitz
Birgit Wöllert	Lausitz
Margitta Mächtig	BAR
Kornelia Wehlan	TF
Katharina Dahme	´solid
Sebastian Walter	BAR
Anke Gerth	LDS
Gerrit Große	OHV

Redaktionskommission

René Wilke	FFO
Christine Poppitz	BAR
Norbert Müller	´solid
Karin Kühl	Lausitz
Stefan Ludwig	LDS

Antragskommission

Maritta Böttcher	TF
Thomas Sohn	BAR
Sascha Krämer	P
Kirsten Tackmann	OPR
Irene Koepe	BAR
Thomas Nord	FFO

Wahlkommission

Kerstin Meier	FFO
Matthias Böhme	MOL
Karin Heckert	HVL
Dominik Rabe	BAR
Andrea Grunert	P
Stefanie Schirner	LDS
Peter Gehrmann	TF

Mandatsprüfungskommission

Simone Schubert	MOL
Jörg Schönberg	HVL
André Kaun	Lausitz
Ilka Gelhaar-Haider	LDS
Rainer Dominok	TF

Geschäftsordnung

des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

1. Leitung des Parteitages, Arbeitsgremien

(1) Die Leitung des Parteitages erfolgt durch das Tagungspräsidium, welches aus bis zu 12 Delegierten des Parteitages besteht.

(2) Der Landesvorstand benennt vor dem Landesparteitag gemäß § 16 Abs. 9 Landessatzung zur Vorbereitung:

- das Tagungspräsidium
- die Mandatsprüfungskommission
- die Redaktionskommission
- die Antragskommission
- die Wahlkommission

Der Landesparteitag wählt die bzw. ggfs. andere BewerberInnen in die Kommissionen als Arbeitsgremien des Parteitages. Der Landesparteitag kann für einzelne Sachthemen weitere Kommissionen bilden.

(3) In die Mandatsprüfungskommission, Redaktionskommission, Antragskommission und Wahlkommission können nur Delegierte des Parteitages gewählt werden. Diese Kommissionen können zur Unterstützung weitere Personen heranziehen. Die Wahlen zu den Kommissionen finden in offener Abstimmung statt, die Wahlordnung findet keine Anwendung.

(4) Der Ablauf der Beratungstage des Parteitages richtet sich nach der beschlossenen Tagesordnung und dem beschlossenen Zeitplan.

2. Beschlussfähigkeit

(1) Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner satzungsgemäß gewählten Delegierten anwesend sind.

(2) Die Beschlussfähigkeit wird durch die Mandatsprüfungskommission festgestellt. Sie erstattet dem Parteitag zu jedem Beratungstag einen Bericht über die Mandatsprüfung.

(3) Zur Feststellung der Beschlussfähigkeit melden sich die Delegierten zu jedem Beratungstag bei der Mandatsprüfungskommission an. Verlässt ein/e Delegierte/r vor dem Schluss des Beratungstages für eine längere Zeit als eine Stunde das Tagungsobjekt, so meldet sie/er sich bei der Mandatsprüfungskommission ab. Die Mandatsprüfungskommission gibt gegebenenfalls dem Tagungspräsidium unverzüglich einen Hinweis, wenn sie erkennt, dass so viele Delegierte sich abgemeldet haben, dass in absehbarer Zeit die Beschlussfähigkeit des Parteitages gefährdet sein kann.

3. Rederecht, Worterteilung

(1) Delegierte haben Rederecht. Gästen kann das Rederecht erteilt werden. Wortmeldungen sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen.

(2) Das Wort wird durch das Tagungspräsidium erteilt. Spricht ein/e Redner/in nicht zur Tagesord-

nung oder wird unsachlich, so ist sie/er zunächst zur Ordnung zu rufen. Setzt sie/er ihr/sein Verhalten fort, so ist ihr/ihm das Wort durch das Tagungspräsidium zu entziehen. Es darf ihr/ihm zum gleichen Tagesordnungspunkt nicht erneut erteilt werden. Die Worterteilung soll im Wechsel an Frauen und Männer erfolgen (quotierte Worterteilung).

(3) Redebeiträge sind vom Pult zu halten. Zu Anfragen an das Tagungspräsidium oder an RednerInnen sowie Anträgen zur Geschäftsordnung wird am Saalmikrofon das Wort erteilt.

(4) Die Redezeit beträgt in der Regel 5, längstens 8 Minuten, bei Anfragen und Anträgen zur Geschäftsordnung eine Minute. Die Redezeiten für das Referat der/s Landesvorsitzenden und andere Referate werden mit dem Zeitplan gesondert beschlossen. Redezeiten für die Vorstellung von KandidInnen bei Wahlen regelt die Wahlordnung.

(5) Auf Antrag eines Stimmberechtigten und mit Beschluss des Parteitages kann von diesen Regelungen abgewichen werden.

4. Stimmrecht, Beschlussfassung

(1) Stimmrecht haben alle anwesenden satzungsgemäß gewählten Delegierten.

(2) In der Anlage 1 zu dieser Geschäftsordnung werden die Delegierten aufgezählt, die lediglich Gastmitglieder der LINKEN sind (§ 5 Landessatzung). Sie haben für die Dauer des 3. Landesparteitags bei allen Tagungen Stimmrecht bei Abstimmungen zu allen Anträgen, außer bei Abstimmungen über Satzungsangelegenheiten, über Finanzordnungen, Finanzpläne, die Verwendung von Finanzen und Vermögen und über Haftungsfragen.

(3) Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst, Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Dies gilt auch für Wahlen nach Ziffer 1 Absatz 3. Beschlüsse zur Änderung der Geschäftsordnung werden mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gefasst.

(4) Jede/r Delegierte hat das Recht, im Anschluss an einen Tagesordnungspunkt, eine Wahl oder eine Abstimmung eine persönliche Erklärung oder eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten zu geben. Sie sind dem Protokoll beizufügen. Minderheitenvoten sind Erklärungen in diesem Sinne.

Wahlordnung

des 3. Landesparteitags der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

1. Grundlagen und Gültigkeit

Die Wahlen erfolgen auf der Grundlage der Wahlordnung der Partei DIE LINKE (Bundeswahlordnung). Diese Ordnung gilt für die Wahlen des Landesvorstandes, der Landesfinanzrevisionskommission, der Landesschiedskommission sowie der Delegierten zum Bundesausschuss.

2. Wahlrecht

Aktives Wahlrecht besitzen die gewählten Delegierten des 3. Landesparteitages. Passives Wahlrecht besitzen alle Mitglieder der Partei DIE LINKE.

3. Kandidaturen

Alle LINKE-Mitglieder und LINKE-Gastmitglieder können Vorschläge für Kandidaturen unterbreiten. Vor jedem ersten Wahlgang erhält jede Kandidatin/jeder Kandidat die Möglichkeit, sich vorzustellen. Die Redezeit ist mit Ausnahme der Kandidaturen zu folgenden Funktionen auf 5 Minuten begrenzt. Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Landesvorsitzes erhalten eine Redezeit von 20 Minuten. Die Redezeit der Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt der Landesgeschäftsführung, der Landesschatzmeisterei und der/des stellvertretenden Landesvorsitzenden wird auf 10 Minuten begrenzt.

Nach der Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten können Anfragen an diese gerichtet und Erklärungen zu Kandidaturen abgegeben werden. Die Redezeit pro Anfrage und Erklärung ist auf 2 Minuten begrenzt.

4. Wahlen

4.1. Einzelwahlen von Parteiämtern/Einzelmandaten

Der Landesparteitag wählt im Einzelwahlverfahren in getrennten Wahlgängen

- die Landesvorsitzende/den Landesvorsitzenden
- die Landesgeschäftsführerin/den Landesgeschäftsführer
- die Landesschatzmeisterin/den Landesschatzmeister

Tritt in einem Wahlgang für ein Einzelamt nur eine Kandidatin/nur ein Kandidat an und erreicht im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Stimmenmehrheit, findet mit derselben Kandidatin/demselben Kandidaten ein zweiter Wahlgang statt.

Wird auch in diesem Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit nicht erzielt, wird eine neue Liste von Kandidatinnen / Kandidaten für das Amt aufgestellt und danach ein neuer erster Wahlgang durchgeführt.

Für den Fall, dass in dem jeweiligen Wahlgang mehrere Kandidatinnen/Kandidaten antreten und keine Kandidatin/kein Kandidat die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt, erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten des ersten Wahlganges. Gewählt ist in diesem dritten Wahlgang, wer die meisten Stimmen auf sich vereint.

4.2. Gruppenwahl von gleichberechtigten Parteiämtern

Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren gemäß § 6 Bundeswahlordnung¹

¹ § 6 Bundeswahlordnung lautet:

§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10

- 2 oder mehrere stellvertretende Landesvorsitzende

Über die genaue Anzahl der zu wählenden stellvertretenden Landesvorsitzenden entscheidet der Landesparteitag gemäß § 18 Abs. 1 Landessatzung durch Beschluss. Die/der neugewählte Landesvorsitzende wird den Vorschlag dazu einbringen.

Bei mehr Bewerberinnen oder Bewerbern als stellvertretende Landesvorsitzende gewählt werden können, ist nur gewählt, wer auf mehr als 50% der gültigen Stimmzettel gewählt wurde (Erhöhung des Mindestquorums gemäß § 10 Abs. 2 Wahlordnung).

Für den Fall, dass nach dem ersten Wahlgang nicht alle Ämter besetzt werden, erfolgt ein zweiter Wahlgang mit den nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten.

4.3. Gruppenwahl von Parteigremien und Delegiertengruppen

Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren gemäß § 6 Bundeswahlordnung

- weitere Mitglieder des Landesvorstandes, so dass der Landesvorstand unter Berücksichtigung der in Einzelwahl gewählten Mitglieder und unter Berücksichtigung der Zahl der zu wählenden stellvertretenden Landesvorsitzenden insgesamt 18 Mitglieder umfasst.
- Eine Landesfinanzrevisionskommission in der Stärke von 5 Mitgliedern.
- Eine Landesschiedskommission in der Stärke von 7 Mitgliedern.
- die sechs Mitglieder inklusive Ersatzmitglieder des Landesverbands im Bundesausschuss (Gemäß § 11 Abs. 2 Bundeswahlordnung sind die nicht gewählten Bewerber in der Reihenfolge der JA-Stimmen als Ersatzdelegierte gewählt.)

4.4. Stimmabgabe, notwendige Mehrheit zur Wahl

Gemäß § 8 Bundeswahlordnung kann zu jedem Bewerber eine JA-Stimme, eine NEIN-Stimme oder eine Enthaltung gewählt werden. Fehlt eine Kennzeichnung gilt dies als Enthaltung. Ist die Zahl der BewerberInnen größer als die Zahl der zu besetzenden Ämter entfällt die Möglichkeit der NEIN-Stimmenabgabe (§ 8 Abs. 5 Bundeswahlordnung).

Gewählt ist in den Gruppenwahlgängen des Punkt 4.3. abweichend von § 10 Abs. 1 Bundeswahlordnung, wer mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen auf sich vereint (Beschluss gemäß § 10 Abs. 2 Bundeswahlordnung). Im Übrigen gelten die Regeln der §§ 10 und 11 Bundeswahlordnung².

Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.

(2) Beide Wahlgänge können parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.

[...]

2 § 10 und 11 Bundeswahlordnung lauten:

§ 10 Erforderliche Mehrheiten

(1) Gewählt sind in einem Wahlgang diejenigen, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.

(2) Bei Delegiertenwahlen oder - nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss - auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit

(1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Ja-Stimmen-Zahlen gewählt.

(2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge

5. Quotierung

Die Wahlgänge können bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 6 Bundeswahlordnung zusammengefasst oder parallel abgehalten werden.

ihrer Ja-Stimmen-Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.

(3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl, entscheidet eine Stichwahl.

(4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen. Die Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

Leitantrag

Wir verändern sozial gerecht, solidarisch, nachhaltig

1. Eine starke Brandenburger LINKE nach dem Programmparteitag

DIE LINKE hat auf dem Parteitag in Erfurt und beim Mitgliederentscheid mit großer Mehrheit ihr Programm beschlossen. Damit haben wir eine solide programmatische Basis für die nächsten Jahre. Der politische Zusammenhalt der Partei ist hingegen noch nicht dauerhaft gesichert. Die Neugründungsphase ist weitgehend abgeschlossen, aber die kulturellen und politischen Unterschiede der Quellparteien sind noch sichtbar und wirksam. Das spiegelt sich insbesondere in den anhaltenden personellen und inhaltlichen Diskursen wider.

DIE LINKE eint die Vorstellung einer solidarischen, ökologischen, friedlichen Gesellschaft in der soziale Sicherheit und Demokratie nicht gegeneinander stehen, sondern miteinander gedacht werden, in der die Freiheit des Einzelnen untrennbar verknüpft ist mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit, in der kapitalistische Ausbeutung überwunden wird und umfassende gesellschaftliche Demokratie möglich wird, in der Gewaltenteilung ebenso wie Rechtsstaatlichkeit gewährleistet sind. Wir nennen unser Ziel daher Demokratischer Sozialismus. Dieses programmatische Ziel gilt es für uns im politischen Alltag nicht aus dem Auge zu verlieren. In der vor uns liegenden Phase geht es um die Vorbereitung des Bundesparteitages zur Neuwahl des Parteivorstandes im Juni in Göttingen, in die wir uns mit unseren Kräften auch personell einbringen werden. Bis zum Bundesparteitag geht es um Fortschritte bei der Herausbildung der LINKEN als lernende Partei, die transparent und kulturvoll die vorhandenen Widersprüche thematisiert und zu gemeinsamen politischen Handeln zusammenführt. Dies gilt auch für die jetzt zu organisierende bundesweite Strategiedebatte zur Politik der LINKEN.

Auch zur langfristigen Vorbereitung der Bundestagswahlen 2013 und der Europawahlen 2014 muss die reale Situation der Gesellschaft und unserer Partei kritisch hinterfragt werden. Neben der Kritik der herrschenden Verhältnisse müssen politische Alternativen der LINKEN für die aktuelle Situation entwickelt werden, die konsequent an den drängendsten Problemen im Alltag der Menschen ansetzen. Wir wollen wieder stärker unsere potenziellen Wählerinnen und Wähler für unsere Politik mobilisieren. „Ziel ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Bündnispartnerinnen und -partnern, die Umsetzung ihrer Erfahrungen und Probleme in Regierungshandeln und über politische Zuverlässigkeit neue zu gewinnen.“

So können wir mit einer gestärkten LINKEN in die politischen Auseinandersetzungen eingreifen, um erneut mit starken Fraktionen in den Bundestag und das Europäische Parlament einzuziehen.

2. Eine starke brandenburgische LINKE in Regierungsverantwortung

DIE LINKE. Brandenburg hat in dieser Situation als nach der Berlin-Wahl vom September 2011 derzeit einziger Landesverband in einem Regierungsbündnis eine besondere Verantwortung. Ihr wollen wir, wie in der Vergangenheit, auch in den kommenden Monaten und Jahren gerecht werden. Es geht um den Nachweis, dass DIE LINKE auch unter den Bedingungen einer Regierungskoalition attraktive und zeitgemäße Politikangebote unterbreitet und damit ihren Wählerinnen und Wählern gerecht wird. Entsprechende Wahlergebnisse werden ein Gradmesser unseres Erfolges sein.

Dazu gehört, dass wir die kritische Bestandsaufnahme der Ergebnisse bisheriger Regierungspolitik unter Beteiligung der LINKEN fortsetzen. Wir wollen mit den Berliner Genossinnen und Genossen

über die Ursache ihrer Wahlniederlage 2011 diskutieren. „Unsere bisherigen Schlussfolgerungen sind: Wir dürfen nicht beliebig sein und müssen ein eigenes, erkennbares, linkes Profil wahren. Wir wollen regieren um zu gestalten und nicht um des Regierens willen. Dazu gehört auch zu überprüfen, was für uns tragbar ist und was nicht. Unser Profil ist echte Priorität für Bildung und Wohnen als soziales Recht, Transparenz und wirkliche Teilhabe, der Kampf für soziale Gerechtigkeit auch unter schwierigen Bedingungen und eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik. Wir wollen vor allem politische Angebote unterbreiten, für die es nach der Wahl reale Handlungsoptionen gibt. Wir wollen aber auch darüber hinaus gehende, gesellschaftliche Alternativen entwickeln und jede Möglichkeit nutzen, die bundespolitischen Rahmenbedingungen zu ändern, durch Druck auf der Straße und durch parlamentarische Aktivitäten und Bundesratsinitiativen.

Etliche unserer Forderungen konnten wir in der Regierung umsetzen, andere waren mit unserem Koalitionspartner nicht machbar, in einigen Fällen mussten wir auch Beschlüsse mittragen, die nicht unseren Positionen entsprachen. Es muss uns deutlich besser gelingen, unsere Erfolge, Niederlagen und Kompromisse klar nach außen zu kommunizieren, Spielräume und Grenzen unseres Handelns erkennbar zu machen. Trotz der engen politischen Spielräume und aller Interessenskonflikte zwischen den Koalitionspartnern ist es wichtig, diese eigenständigen politischen Ziele zu bewahren und weiterzuentwickeln.“

Wir müssen offen sein für einen kritischen Diskurs mit gesellschaftlichen Akteuren und diesen auch aktiv anbieten.

Die Fortführung der Leitbilddebatte am 3.12.2011 hat der Landesverband mit der Bilanz der ersten Hälfte der gegenwärtigen Legislaturperiode und der Regierungsbeteiligung begonnen. Klar ist: Wir haben das Land bereits verändert und es bleibt unser Ziel, Brandenburg sozial gerecht, demokratisch und nachhaltig zu gestalten. Vieles konnte erreicht werden, einiges konnten wir nicht durchsetzen, anderes bleibt in den kommenden Jahren Gegenstand von Auseinandersetzungen in der Regierung und in der Gesellschaft sowie in der Partei.

DIE LINKE hat in der Regierung wichtige soziale Vorhaben angepackt, gemeinsam mit der SPD durchgesetzt und Menschen Chancen eröffnet. Wir werden die Umsetzung dieser Vorhaben kritisch begleiten und deren Wirkungen sachlich und realistisch bewerten. Eines der Vorhaben ist das gerade in Kraft getretene Vergabegesetz, mit diesem Gesetz soll bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Wirtschaftsbereichen mit Tariflöhnen von gegenwärtig noch unter 8 Euro ein schnellerer Lohnzuwachs für die Beschäftigten erreicht werden. Darüber hinaus kämpfen wir und kämpft die Koalition auch bundespolitisch engagiert für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Mit der neuen Förderstrategie leistet Wirtschaftspolitik der Partei DIE LINKE auch ihren Beitrag für gute Arbeit in Brandenburg. Mit der neuen Förderstrategie leistet Wirtschaftspolitik der Partei DIE LINKE auch ihren Beitrag für gute Arbeit in Brandenburg.

Wir haben die Weichen dafür gestellt, dass in dieser Legislaturperiode 2000 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt werden - 750 mehr, als noch im Koalitionsvertrag vereinbart werden konnte.

Wir haben den Betreuungsschlüssel in den Kitas durch mehr Betreuungspersonal verbessern können.

Wir haben dafür gesorgt, dass das Wahlalter 16 bei Kommunal- und Landtagswahlen in der Landesverfassung verankert wurde.

Wir arbeiten mit Vorrang an der Stärkung der öffentlichen Schulen und auf die Umsetzung der Idee vom längeren gemeinsamen Lernen hin.

Brandenburg zahlt als einziges Bundesland erstmals ein Schüler-BAföG für Abiturientinnen und Abiturienten aus einkommensschwachen Familien.

Wir sorgen für bessere medizinische Versorgung auf dem Land. Das neue und bundesweit einmalige Projekt „Agnes 2“, bei dem Gemeindeschwestern die Ärzte dabei weiter und besser unterstützen, ist

angelaufen.

Wir haben dafür gesorgt, dass Justiz und Polizei in der Fläche präsent bleiben: Alle 25 Amtsgerichte arbeiten weiter, bis auf eine Ausnahme bleiben alle Wachenstandorte als Polizeistandorte erhalten. Brandenburg spielt bundesweit und anerkanntermaßen eine Vorreiterrolle bei der Einführung Erneuerbarer Energien und beim Vollzug der Energiewende.

Das schließt auch weitere ernsthafte Debatten über die Entwicklung des Energiemixes ein. Eine wichtige Weichenstellung war die Entscheidung, die bisherige Vergünstigung für den Braunkohletagebau beim Wassernutzungsentgelt abzuschaffen. Den Wandel sozial gestalten - das ist der Anspruch, den wir unter schwierigen Bedingungen auch in der Haushaltspolitik umsetzen.

Neben wichtigen Entscheidungen, die den sozialen Zusammenhalt stärken und Menschen Chancen eröffnen, müssen wir in Koalitionen auch Entscheidungen mittragen und treffen, die sich nicht immer mit den Wünschen und Erwartungen im Land decken.

Dies ist für DIE LINKE eine neue Herausforderung. Gerade deswegen müssen unsere Prioritäten erkennbar und nachvollziehbar gemacht werden. Regierungsbeteiligung von Linken führt dazu, dass zentrale soziale Fragen den ihnen gebührenden Platz im Regierungshandeln haben und neuen Lösungen näher gebracht werden.

Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft sind unsere Leitlinien sowohl für die Perspektive des Landes bis 2020 als auch für die praktische Politik der LINKEN in Brandenburg in den nächsten Jahren. Es geht um Nachhaltigkeit in allen Bereichen; die soziale Frage muss stets im Zentrum von Entscheidungen und Debatten stehen. Sie ist mehr als das, was im Sozialministerium oder auch im Bildungsministerium abgearbeitet wird. Die sozialen und ökologischen Fragen sind keine Ressortangelegenheiten. Gemäß der Aussagen des Erfurter Programms und der Erkenntnisse der 5. Ökologischen Konferenz „Zukunftssicherung geht nur sozial und ökologisch oder gar nicht“ bestimmen sie die Grundansätze zeitgemäßer linker Politik.

Eine große Herausforderung und eine große Chance ist die Tatsache, dass wir in dieser Legislaturperiode im Zusammenhang mit der Strukturfondsperiode der EU ab 2014 wichtige Entscheidungen für Zukunftsprojekte des Landes bis 2020 treffen.

Den Wandel sozial gestalten - dieser Anspruch gilt nicht nur für den aktuellen Landeshaushalt, nicht nur für die Finanzpolitik, sondern für DIE LINKE in der Koalition insgesamt. Das unterstützen wir. Wir begleiten aktiv die Debatte über die entstehende Nachhaltigkeitsstrategie, die darauf zielt, das längerfristige Handeln der Landesregierung systematisch am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auszurichten. LINKE Wirtschaftspolitik stärkt Unternehmen im Land und ist ganz wesentlich auch Politik für gute Arbeit am ersten Arbeitsmarkt, für eine nachhaltige, technologisch fortschrittliche Ökonomie und zur Förderung des Strukturwandels zugunsten erneuerbarer Energien. Die Hindernisse, die die schwarz-gelbe Bundespolitik dem geplanten Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in den Weg gestellt hat, halten uns nicht davon ab, die vorgesehenen Landesmittel für eine Arbeitsmarktpolitik einzusetzen, die Menschen ihre Würde wiedergibt und ihnen spürbar neue Lebensperspektiven eröffnet.

Wir engagieren uns für eine gut zugängliche moderne gesundheitliche Versorgung überall im Land, setzen uns für die Resozialisierung von Straftätern als wichtige Form der Kriminalitätsverhütung ein und sorgen für die Stärkung von direkter Demokratie und Bürgerrechten.

Gute Bildung für alle von Anfang an - für dieses Ziel ist die Gemeinschaftsschule der richtige Ort und wir treten aktiv dafür ein, dass dies künftig in Brandenburg auch so sein wird. Die Basis für diese Entwicklung sind starke öffentliche Schulen - dem gilt in der Bildungspolitik unser Hauptaugenmerk. Wir stehen denen zur Seite, die von Armut betroffen oder bedroht sind. Wo ostdeutsche Besonderheiten sich als anhaltende Benachteiligungen verfestigen, treten wir dagegen auf und für faire Lösungen ein.

Zugleich werden wir mit einem neuen Leitbild „Brandenburg 2020 - sozial gerecht, nachhaltig“ unsere politischen Ziele und Projekte für das laufende Jahrzehnt formulieren. Eine entscheidende Rolle wird dabei die Beachtung der Konsequenzen aus dem weltweit wirkenden Peak oil spielen, dessen Erreichen in etwa 30 Jahren prognostiziert ist.

Stellen müssen wir uns dabei auch jenen langfristig wirkenden Prozessen, denen sich Landespolitik kaum entziehen kann. Dazu gehören:

1. eine unverändert neoliberale Bundes- und Europapolitik, eine anhaltende Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von Unten nach Oben und eine unter anderem daraus resultierende, dramatische Unterfinanzierung von Landes- und kommunalen Haushalten, welche auch in den folgenden Jahren strukturell weiter schrumpfen werden,
2. die aktuelle Euro-Krise, die sich demokratischer Steuerung weitgehend entzieht, mit ihren finanziellen und wirtschaftlichen Risiken, sozialen Verwerfungen und Unsicherheiten in der Bevölkerung,
3. der sich im Land vollziehende demografische Wandel, der zu wachsenden Ungleichheiten zwischen den Regionen und größer werdendem Fachkräftemangel führen wird,
4. die Berücksichtigung der Risiken und Chancen, die sich aus dem globalen Klimawandel, dem technologischen Fortschritt und dem notwendigen Umbau der Energieversorgung mit dem Vorrang erneuerbarer Energien ergeben.
5. Der Prozess der zunehmenden Bodenversiegelung und des Rückgangs der biologischen Vielfalt durch Übernutzung der Landschaft muss gestoppt werden. Im engen Zusammenhang mit der Energiestrategie sind strategische Auffassungen zur Nutzung und Bewahrung der Agrarlandschaft zu erarbeiten.

Wir müssen beständig unseren dialogorientierten Politikstil verteidigen und, wenn notwendig, erneuern. Partizipation und Transparenz bleiben wichtige Ziele linker Politik und müssen sich im eigenen Agieren entsprechend widerspiegeln. Die bisher entwickelten Instrumente zur Beteiligung der Parteimitglieder und Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel die kontinuierlichen Regionalkonferenzen, sind zu verstetigen, qualitativ aufzuwerten und durch partizipative Elemente zu ergänzen. Weitere Formen aktiver Organisation und partizipativer Beteiligung sind zu entwickeln und auszubauen. Die Strategiedebatte in der Partei und die Debatte für ein neues Leitbild des Landesverbandes bedingen einander und müssen an die gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse anknüpfen.

Der Dialog bleibt unser wichtigstes Instrument, um unsere eigenen Erfahrungen und Ergebnisse unserer Politik original und unverfälscht zu vermitteln. Zugleich bleibt es ein wesentliches Mittel, die tatsächliche Stimmung im Land und bei unseren Wählerinnen und Wählern (sowie ihre Interessen) zu erfassen. Eine weiter zu professionalisierende Öffentlichkeitsarbeit unter Einbeziehung traditioneller Kommunikationsmittel, aber auch zunehmend und stärker digitaler Medien und des Web 2.0 müssen dabei ein stabiles Fundament unserer Informations- und Kommunikationspolitik werden.

3. Eine brandenburgische LINKE mit fester Verankerung in der Gesellschaft

Die Erfahrungen der Regierungsbeteiligungen aus Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zeigen, dass es in Regierungsverantwortung stärkerer Aktivitäten bedarf, um die in Oppositionszeiten gewachsenen Verbindungen zu politischen und gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren aufrecht zu erhalten. Hinzu kommt die auch infolge der demografischen Entwicklung sinkende kommunale Verankerung unserer Partei. Unsere Antwort darauf kann nicht die Reduzierung unserer gesellschaftlichen Dialogbereitschaft, sondern muss ihr Ausbau sein - mit dem Ziel der Gewinnung neuer aktiver Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Allerdings nicht zum Preis politischer Beliebigkeit. Notwendig sind eine exakte Analyse der gesellschaftlichen Realität und eine klare Definition der eigenen politischen Zielvorstellungen. Davon ausgehend müssen die gesellschaftlichen Interessen klar benannt werden, die wir in den zunehmenden Verteilungskämpfen konsequent wahrnehmen wollen.

Wir müssen nicht nur die Eigentums-, sondern auch die Verteilungs- und Einkommensfrage stellen, wenn wir bei den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler wahrnehmen wollen. Wir müssen unseren Charakter als demokratisch-sozialistische Volkspartei Partei mit breiter Verankerung in der Bevölkerung konsequent ausbauen. Dazu gehört, klar und verständlich zu definieren, für wen wir Politik machen.

Wir müssen unsere Positionen und Prioritäten klären und klarer als bisher zum Ausdruck bringen, wofür wir nicht stehen.

Mit diesen Positionen müssen wir eine permanente politische Diskussion mit unseren gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern führen. Gemeinsamkeiten und Differenzen müssen einerseits neu definiert, andererseits die Bereitschaft zur Mit- und Zusammenarbeit gestärkt werden.

Auf der Grundlage klar definierter Ziele und Interessen brauchen wir die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen, deren Vorstellungen sich an einem oder mehreren Punkten mit unseren überschneiden. So zum Beispiel mit Sozialverbänden und Gewerkschaften, der Occupy-Bewegung, Attac, der Antiatomkraftbewegung, Umweltschutzverbänden oder Bildungsprotestbewegungen sowie dem zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Fremdenfeindlichkeit und Neofaschismus. Mit der eindeutigen Wahrnehmung unserer Funktion als demokratisch-sozialistischer Volkspartei, der klaren Definition von Zielen und Interessen sowie im Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Bewegungen und Organisationen kann es uns auch in Regierungsverantwortung gelingen, gesellschaftliche Debatten anzustoßen, Multiplikatoren zu gewinnen, die eigene Verankerung in der Gesellschaft zu stärken und trotz der zu schließenden Kompromisse klares linkes Profil zu zeigen und erkennbar zu bleiben.

4. Eine starke brandenburgische LINKE in Parlamenten und Kommunalvertretungen

Zu den bereits genannten Aufgaben kommen die Vorbereitungen der Bundestagswahl 2013 und der Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2014. Sie entscheiden darüber, ob es uns gelingt, auch in Regierungsverantwortung die 2008 und 2009 erreichte machtpolitische Augenhöhe mit den Sozialdemokraten in Brandenburg aufrecht zu erhalten. Sie entscheiden darüber, ob unsere Position als Partei im Land gestärkt oder geschwächt wird. Wir wollen nachweisen, dass eine Regierungsbeteiligung der LINKEN nicht zum Verlust von Wählerinnen und Wählern führen muss. Deswegen sind die bereits benannten Strategie- und Leitbilddebatten zentrale Grundlagen für eine erfolgreiche Gestaltung der vor uns liegenden Wahlkämpfe und die Erarbeitung unserer Wahlprogramme.

Immanenter Bestandteil dieser Debatten, die in den folgenden Jahren auf allen Ebenen der Partei organisiert und geführt werden müssen, ist die Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten, die authentisch und glaubwürdig für die Ziele der Partei stehen. Insbesondere für die Kommunalwahlen ist das eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg, für die Stabilisierung und Erneuerung unserer kommunalpolitischen Verankerung. Zugleich gilt es, jetzt mit dem Aufbau schlagkräftiger, moderner Wahlkampfstrukturen auf kommunaler und Kreisebene zu beginnen. Die bisher erfolgreichen Methoden und Erfahrungen bei der Organisation von Wahlkämpfen müssen hinsichtlich der jetzt zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel hinterfragt und dort, wo notwendig, erneuert bzw. reorganisiert werden.

Auf der Landesebene werden für die Wahlen in 2013 und 2014 schon im Jahr 2012 ein/e Wahlkampfleiter/in bestimmt, ein Wahlkampfbüro eingerichtet, ein Rahmenzeitplan erstellt. Die notwendigen finanziellen Mittel werden langfristig bereitgestellt. Insbesondere für die Bundestagswahl ist die Zusammenarbeit der Landtagsfraktion und der Landesgruppe der brandenburgischen MdB zu stärken. Alle Wahlkämpfe müssen so aufeinander abgestimmt werden, dass wir sie in den Kommunen, im Land, im Bund und in Europa ohne inhaltliche oder organisatorische Brüche und Verwerfungen führen können.

5. Eine starke brandenburgische LINKE mit starken Kreisverbänden und modernen und dialogorientierten Strukturen

Die aktuelle Entwicklung der Landespartei zeigt, dass die Regierungsverantwortung eine Vielzahl neuer Herausforderungen bei der Formulierung von politischen Zielen, beim Management von Konflikten und bei der täglichen Gewährleistung der Handlungsfähigkeit des Landesverbandes in seinen Strukturen mit sich bringt. Die gegenwärtigen Strukturen auf Landesebene sind diesen Herausforderungen nur begrenzt gewachsen. Notwendig sind ein schnelleres Reagieren und Aufeinanderzugehen bei Konflikten, eine intensivere Kommunikation zur Problemlösung zwischen den unterschiedlichen Ebenen von Politik im Landesverband und eine bessere Vernetzung der handelnden Akteure. Die Landesgeschäftsstelle hat eine unverzichtbare organisatorische und kommunikative Servicefunktion, die weiter verbessert und ausgebaut werden soll. Der Landesvorstand muss noch stärker als bisher die strategische Politikentwicklung im Landesverband koordinieren und organisieren. Genauso wichtig für ein erfolgreiches Agieren als Landesverband sind aber handlungsfähige Kreisverbände, in denen der Hauptteil der politischen Basisarbeit geleistet wird. Die Kreisverbände zu stärken und aktionsfähiger zu machen muss Ziel einer strukturellen Debatte sein. Dafür gibt die Parteireform wichtige Impulse.

Wir stehen als Landesverband vor der Herausforderung, auf derzeit sinkende Mitgliederzahlen reagieren zu müssen, um die politische Handlungsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern. Die Landesgeschäftsstelle muss gemeinsam mit der Landtagsfraktion für den Landesverband als Ganzes noch stärker eine koordinierende Funktion zwischen der Landespartei, den Kreisverbänden und den Fraktionen sowie den weiteren Partnern, bspw. dem kommunalpolitischen Forum und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, übernehmen. Die Abgeordneten und Fraktionen sind unverzichtbarer Bestandteil des Informationsnetzwerks innerhalb der Partei und tragen eine eigene Verantwortung, Informationsflüsse an die und von der Basis in ihrem/n zu betreuenden Wahlkreis/en und innerhalb ihres jeweiligen Fachgebietes vollständig und nachhaltig zu organisieren. Letztlich wird der Grad an Mitgestaltung an der Politik der LINKEN auch ausschlaggebend für die Attraktivität unserer Partei für neue Mitstreiter sein.

Mit dem Beschluss zur Parteireform auf der 2. Tagung des 2. Landesparteitages und den Arbeiten der Projektgruppen in Umsetzung dieses Beschlusses haben wir den Grundstein dafür gelegt, unsere Strukturen zu modernisieren. Wir wollen durch die Parteireform eine verbesserte Kommunikation nach innen und außen gewährleisten, unsere technische Ausstattung verbessern, neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen sowie ehemals aktive Mitglieder wieder in die politische Arbeit integrieren sowie die politische Bildung und Qualifizierung unserer Mitglieder voran bringen, die Zusammenarbeit mit dem Jugendverband verbessern und unsere Kampagnenfähigkeit stärken. Es kommt nach dem Start der verschiedenen Projekte nun darauf an, die Parteireform zu einer Aufgabe des gesamten Landesverbandes und die Ergebnisse und Erfahrungen für alle Kreisverbände nutzbar zu machen. Die Kreisverbände sind aufgerufen, sich in den Parteireformprozess einzubringen, selbst aktiv die Ergebnisse der Projekte in ihre Arbeit einzubeziehen und Anregungen zu prüfen und umzusetzen. Dazu hat die Kommission Parteireform eine Materialzusammenstellung vorgelegt, die den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt wird ([Link zur Website](#)).

DIE LINKE ist und will weiterhin Mitgliederpartei sein. Neben der ständigen Aufgabe, für alle Gliederungen der Partei neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen, sind wir gefordert, unsere Strukturen darauf auszurichten, allen Mitgliedern die Teilhabe am Parteileben zu ermöglichen und ihre individuellen Bedürfnisse zu beachten. Wir werden auf allen Ebenen daran arbeiten, spezifische Angebote für junge Parteimitglieder zu schaffen bzw. auszubauen, und diesen die Möglichkeit geben, eigene Formen der innerparteilichen Teilhabe zu entwickeln. Traditionelle Formen der Politik sollen

so mit neuen Angeboten und Arbeitsstilen ergänzt werden. Gleichzeitig ist es auch weiterhin Aufgabe der gesamten Landespartei, frauen- und familienfreundliche Strukturen zu schaffen. Neben Regelungen zu Kinderbetreuungskosten bei Sitzungen und Tagungen der Partei in allen Kreisverbänden ist anzustreben, Sitzungs- bzw. Tagungszeiten von Gremien mit den Mitgliedern abzustimmen, die Kinder erziehen, und regelmäßig bei Bedarf Kinderbetreuungsangebote zu organisieren.

Auch Menschen mit Behinderung ist die Teilhabe am politischen Leben der Partei zu sichern. Hier sind auf allen Ebenen individuelle Lösungen zu finden und konsequent umzusetzen.

Gleichzeitig stehen wir vor der Aufgabe, stärker als bisher politische Entscheidungsprozesse auf Landesebene transparent darzustellen. Gerade in Regierungsverantwortung haben wir eine besondere Verpflichtung, Politikentwicklung und politisches Agieren in Regierungsverantwortung für die Genossinnen und Genossen einerseits, andererseits aber auch für alle Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar zu kommunizieren und Entscheidungsprozesse erlebbar zu machen. Dazu muss DIE LINKE wieder stärker in Bewegungen außerhalb des Parlaments aktiv werden.

Wir haben begonnen, stärker als bisher auf partizipative Prozesse des politischen Diskurses zu setzen. Aktivenkonferenzen, Regionalkonferenzen, vielfältige Gesprächsrunden, weitere zu entwickelnde Veranstaltungsformen, aber auch Formen der modernen Kommunikation sollen den innerparteilichen Diskurs weiter stärken. Dabei kommt es auch darauf an, dass die Landespartei wie auch die Landtagsfraktion stärker als bisher den offenen Dialog mit den Fachpolitikerinnen und -politikern aus den Kreisverbänden pflegt und diesen als Chance zum kulturvollen und ergebnisorientierten Diskurs zur Schärfung des Profils der Partei begreift.

Erste Schritte hierzu sind die Etablierung einer energiepolitischen Gesprächsrunde durch die Landtagsfraktion, die regelmäßig durchgeführten und für 2012 bereits terminlich geplanten Regionalkonferenzen, neue methodische Ansätze im Rahmen der Leitbilddebatte sowie die begonnene, eigene Liveberichterstattung von solchen Ereignissen durch Livestreams bzw. auf der Facebookseite des Landesverbands (www.facebook.com/dielinke.brandenburg). Diese Aktivitäten wollen wir verstetigen und ausbauen.

Energiewende in Brandenburg gestalten – versorgungssicher, ökologisch, nachhaltig, sozial gerecht

Energiepolitik ist eine zentrale Säule zukunftsfähiger Wirtschafts- und Klimaschutzpolitik, somit von gesellschaftspolitischer Bedeutung. Brandenburg war, ist und bleibt Energieland mit einer in Veränderungen begriffenen Energieträgerstruktur.

DIE LINKE Brandenburg betrachtet eine nachhaltige Energiepolitik mit Sicherung der Versorgungssicherheit zu sozial verträglichen Preisen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Brandenburg wird immer Stromexportland schon allein wegen seiner geographischen Lage bzw. Bedingungen sein. Dies betrifft insbesondere Berlin und die angrenzenden Bundesländer sowie Polen.

Mit der Koalitionsvereinbarung sind der energiepolitische Rahmen gesetzt und die Klimaschutzziele, die es zu erreichen gilt, für diese Legislaturperiode festgeschrieben.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Brandenburger Primärenergiemix wird stetig erhöht und soll bis 2020 mehr als 20 % betragen. Das bedeutet zugleich, dass die Nutzung fossiler Energieträger, auch der Braunkohle, als Brückentechnologie so lange Bestand haben wird, bis Deutschland seinen Energiebedarf sicher und zu sozial verträglichen Preisen aus Erneuerbaren Energien decken kann. Dabei ist ein flexibler Kraftwerkspark (vorzugsweise Gas- und Dampfkraftwerke auf Erdgas- oder Biogasbasis) notwendig, um die fluktuierende, damit nicht versorgungssichere Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu ergänzen.

Brandenburg steht mitten in der Diskussion der Energiestrategie 2030. Die öffentlichen Debatten der letzten Wochen haben Erwartungen und Hoffnungen an DIE LINKE auf der einen aber auch an die Energiestrategie 2030 auf der anderen Seite deutlich gemacht.

Die künftige Energie- und Klimaschutzpolitik für das Land Brandenburg muss einer Reihe von Ansprüchen gerecht werden, die teilweise in Konkurrenz bzw. auch im Widerspruch zueinander stehen und somit auch neue Herausforderungen für die Politik der LINKEN darstellen.

Nach der „Doppelten Energiewende“ durch die Bundesregierung - erst Verlängerung der Kernenergienutzung über die vereinbarten Laufzeiten der Kraftwerke hinaus und dann die unvermittelte Beendigung der Kernenergienutzung - im Jahre 2011 und der daraus resultierende Neuorientierung des gesamten deutschen Energieversorgungssystems steht auch Brandenburg innerhalb des föderalen Systems aber auch im europäischen Maßstab vor neuen Herausforderungen. Ebenso sind nicht abschließend Konsequenzen neuer oder fehlender gesetzlicher Regelungen abzuschätzen. Dies betrifft u.a. die Folgen der Veränderungen im Energierecht (z. B. Einspeisevergütung, Instanzenwechsel bei der Genehmigung von Höchstspannungsleitungen, Einführung von Erdverkabelung), bis zu 16 Änderungen in Bundesrecht sind für 2012 angekündigt.

Ebenso ist die Finanzierungs- und Kostenfrage der Energiewende nicht geklärt und stellt somit ein großes Risiko für das gesellschaftspolitische Gelingen der Energiewende generell und für die Entwicklung der Strompreise im Besonderen dar.

Für Brandenburg und für die Politik der LINKEN bedeutet das, die sozialen Auswirkungen der Energiewende im Blick zu behalten und darauf hin zu wirken, dass Energie für alle bezahlbar bleibt.

Dies betrifft auch die Defizite, die es zu beseitigen gilt, um die Zielstellung „100 % Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien“ zu erreichen.

Der Landesparteitag beschließt:

1. DIE LINKE bekennt sich ausdrücklich zu den Zielen des Wahlprogramms 2009, bis zum Jahr 2040 aus der Braunkohleverstromung auszusteigen und zu den Klimaschutzzielen der Koalitionsvereinbarung (CO₂-Reduktion von 40 Prozent bis 2020 und weiteren 35 Prozent bis 2030 gegenüber 1990). Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn der vorrangige Ausbau Erneuerbarer Energien und deren Systemintegration gelingt und somit ein entscheidender Beitrag zur Energiewende geleistet werden kann. Je schneller es uns gelingt, unser vordringliches Vorhaben, die Energieversorgung

aus erneuerbaren Quellen so umzusetzen, dass sie grundlastfähig ist und somit Versorgungssicherheit schafft, desto schneller ist es möglich, aus der Stromerzeugung mit Braunkohle auszusteigen. Schnellstmöglicher Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bleibt unser Ziel.

2. DIE LINKE Brandenburg steht für eine sozial und ökologisch verträgliche Energiewende. Es gilt, gleichzeitig Versorgungssicherheit, Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und sozial verträgliche Preise sowie Beteiligung und Akzeptanz zu gewährleisten.

3. Mit der Energiestrategie 2030 muss der notwendige Ausstieg aus der Verstromung einheimischer Braunkohle begonnen werden. Deshalb dürfen weder in der Energiestrategie 2030 noch in dem dazugehörigen Katalog strategischer Maßnahmen zu ihrer Umsetzung Projekte stehen, die über den Koalitionsvertrag hinausgehen, in welchem es heißt: „... dass neue Braunkohlenkraftwerke ab 2020 nur bei drastischer Reduktion des CO₂-Ausstoßes genehmigt werden.“ Dieser Ausstieg ist in Übereinstimmung mit den Beschäftigten und der Region sozialverträglich und nachhaltig zu gestalten. Hierzu bedarf es der vollen Unterstützung des Landes, um den sich seit langem vollziehenden Strukturwandel in der Lausitz auch weiterhin zu unterstützen und für die neuen Herausforderungen die notwendigen Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen.

4. Mit der Energiestrategie 2030 muss der Weg zur Erreichung der Ausbauziele bei den Erneuerbaren Energien und der Klimaschutzziele aufgezeigt werden. Schwerpunkte müssen die Minimierung und Beseitigung der Kerndefizite sein. Dazu gehören unzureichende Energieeffizienz und Energieeinsparung, der notwendige Netzausbau, insbesondere durch Aus-, Um- und Neubau sowie die Ertüchtigung der Netze. Von besonderer Bedeutung ist die Lösung der Flächenproblematik (Flächenkonkurrenz zu anderen Nutzungsarten), die Schaffung gesellschaftlicher Akzeptanz (Netzausbau, Bau von EE Anlagen) und nicht zuletzt die Herstellung von Versorgungssicherheit durch Erneuerbare Energien mit dem Aufbau von Speicherkapazitäten.

5. Wir wollen die Rolle und die Verantwortung der Kommunen, ihrer Stadtwerke, der regionalen Versorger und Produzenten stärken. Dazu gehört die Beratung und Begleitung von dezentralen Projekten, die Unterstützung von Initiativen für mehr Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie die Erarbeitung kommunaler und regionaler Energie- und Klimaschutzkonzepten sowie deren Förderung und Umsetzung. Deswegen muss sich die Umsetzung der Energiestrategie im Haushalt 2013/2014 sowie in der kommenden Umsetzung der EU-Strukturfondsperiode ab 2014 im Land abbilden. Dazu sind die Förderprogramme und Richtlinien weiterhin auf Klimaschutz-, Energieeinsparungs- und Energieeffizienzmaßnahmen sowie zur Steigerung der Nachhaltigkeit auszurichten.

6. Um die Energiewende zu erreichen, bedarf es der Einbeziehung vielfältigster Akteure. So sind z.B. Anwohner, Kommunalpolitiker, Naturschutzverbände, Grundstückseigentümer, Landwirtschaftsverbände, Kirchen und Bürgerinitiativvertreter frühzeitig zur Mitgestaltung in die Planverfahren einzubeziehen. Die Landtagsfraktion wird dabei unterstützt, Initiativen zur Umgestaltung der Planungs- und Beteiligungsrechte zu ergreifen. Ziel muss es sein, diese Rechte transparenter und effektiver zu gestalten. Transparenz und Bürgerbeteiligung sind wichtige Bausteine für die Akzeptanz von Projekten.

Für eine zukunftsfähige Energiepolitik

Der Landesparteitag stellt fest:

Nach dem beschleunigten Atomausstieg und der Festschreibung des Vorrangs erneuerbarer Energien im Koalitionsvertrag zwischen SPD und LINKE steht die Brandenburger Energiepolitik vor großen Herausforderungen. Energie muss sicher, bezahlbar und ökologisch vertretbar erzeugt werden. Gleichzeitig hat das Bundesland Brandenburg seinen Beitrag zur Erreichung des 2-Grad-Zieles zu leisten und damit seine klimapolitische Verantwortung zu tragen.

Der Landesparteitag beschließt:

- Die Fortschreibung der „Energiestrategie 2020“ der Vorgängerregierung und die Vorlage einer „Energiestrategie 2030“ werden begrüßt. Sie muss gesellschaftlich breit diskutiert und abschließend im Landtag verabschiedet werden.
- Die Energiepolitik der Partei DIE LINKE steht für konsequenten Klimaschutz. Die Energiestrategie 2030 darf nicht hinter Klimaschutzzielen der Vorgängerregierung zurückfallen. Alle realistischen Einsparpotentiale sind zu nutzen. Der Bau neuer Braunkohlekraftwerke wird abgelehnt.
- Die CCS-Technologie wird nach wie vor von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Die mit ihr verbundenen Risiken und Befürchtungen stehen in keinem angemessenen Verhältnis zu möglichen Chancen im Rahmen der CO₂-Abscheidung bei der Braunkohleverstromung. Auf CCS kann daher nicht gesetzt werden. Für DIE LINKE in Brandenburg erwächst aus der entschiedenen Ablehnung von CCS in der Bevölkerung, angesichts ihrer Gefährlichkeit und der Verschwendung des Rohstoffes Braunkohle sowie des hohen Aufwandes dieser Technologie, die ebenso wie der Handel mit Emissionsrechten zu Preissteigerungen von Elektroenergie führen müssen, die Verpflichtung, die Anwendung von CCS zu unterbinden und alternativen Wegen zur CO₂- Senkung den Vorzug zu verschaffen.
- Die von Braunholetagebauen ausgehenden Zerstörungen an Siedlungen und Landschaft sind nicht mehr länger begründbar. Den über der Braunkohle lebenden Menschen wurde bereits mehr als genug zugemutet. Es dürfen keine neuen Tagebaue aufgeschlossen werden.
- Brandenburg darf sich langfristig nicht als Stromexportland verstehen, sondern muss sich auf die Energieproduktion für die Region Berlin-Brandenburg konzentrieren.

Feinde der Demokratie bekämpfen – Gefahr von Rechts endlich ernst nehmen!

DIE LINKE ist gegen den weiteren Abriss des Sozialstaates, für die Wiederaneignung öffentlichen Eigentums und eine Umkehr der Umverteilung. DIE LINKE ist damit die Partei, die das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes verteidigt.

Trotzdem werden ausgerechnet Abgeordnete der LINKEN vom Verfassungsschutz überwacht, der in den letzten Wochen, Monaten und Jahren nicht die verfassungsmäßige Ordnung, sondern die Interessen einer Minderheit schützt.

DIE LINKE. Brandenburg fordert eine sofortige Einstellung der Beobachtung und Überwachung von linken Abgeordneten durch den Verfassungsschutz. Wir verlangen eine Offenlegung aller Beobachtungs- und Überwachungsvorgänge.

Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung von antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Projekten in Brandenburg. Der Verfassungsschutz muss sich auf seine Kernaufgaben besinnen.

Keine Bundeswehr an den Schulen, Kooperationsvereinbarungen verhindern!

Der Landesparteitag beschließt:

Derzeit nutzt die Bundeswehr verstärkt Werbeveranstaltungen an Schulen, um für Verständnis und Unterstützung für aktuelle und kommende Kriege zu werben. Darüber hinaus sollen junge Menschen, in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit und zunehmender Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, für eine vermeintliche „Karriere mit Zukunft“ rekrutiert werden.

Der Landesparteitag fordert die Fraktionsmitglieder der LINKEN im Brandenburger Landtag sowie den Landesvorstand auf, sich auf allen Ebenen gegen Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und öffentlichen Bildungseinrichtungen einzusetzen.

Kontowechsel des Landesverbandes

Der Landesverband soll sein Konto nicht mehr bei der Deutschen Bank führen, sondern bis zum Ende des Jahres 2012 zu einem Geldinstitut wechseln, das durch seine Organisationsform (Sparkassen, genossenschaftliche Banken) oder durch sozial-ökologische Kreditvergabe zu einem sozialem und nachhaltigen Wirtschaften beiträgt.

Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Der Landesparteitag beschließt:

Die Landtagsfraktion wird gebeten,

zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung der brandenburgischen Kommunen:

- a) sich dafür einzusetzen, dass das Brandenburger Finanzausgleichsgesetz (FAG) dahingehend geändert wird, , dass der sog. Vorwegabzug von 50 Mio. Euro so schnell wie möglich entfällt.
- b) Darüber hinaus zu gewährleisten, dass die Kommunen für die vom Land zu übertragene Aufgaben als untere Landesbehörden eine 100%ige Kostenerstattung erhalten.
- c) sich mit der Bundestagsfraktion über Aktivitäten zu verständigen, die die Kostenfolgen aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen insbesondere im Sozial- und Jugendhilfebereich, die durch die Kommunen wahrzunehmen sind, thematisieren.

Stärkung des Rechtsstaats in Brandenburg, Beratungshilfe

Der Landesparteitag beschließt:

„Die Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag wird beauftragt, sich für eine zügige Bearbeitung und Auszahlung der Anträge auf Beratungshilfe einzusetzen.“

Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK)

Der Landesparteitag beschließt:

1. DIE LINKE in Brandenburg setzt sich für die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein.
2. Die Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag wird gebeten, sich für die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen einzusetzen.
3. In Parteipolitischen Konzepten sowie in dem Leitbild werden die Rechte und Belange von Menschen mit Behinderungen konsequent und übergreifend berücksichtigt bzw. aufgegriffen.
4. Es wird dazu eine enge Zusammenarbeit zwischen der Partei, der Landtagsfraktion und der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Brandenburg aufgebaut und stetig intensiviert.

Wahlalter 16

Der Landesparteitag beschließt:

Der Landesvorstand wird beauftragt, umgehend ein Konzept zu den Kommunal- und Landtagswahlen 2014 speziell für ErstwählerInnen zu entwickeln und umzusetzen. Dies soll unter Beteiligung der Kommissionen Strategie und Wahlen und Parteireform, aber vor allem mit MitstreiterInnen der Zielgruppe selbst geschehen.

Wahl des Landesvorsitzenden

Kandidaten für den Landesvorsitz: Stefan Ludwig

abgegebene Stimmen:	129	
Ja - Stimmen:	98	75,97%
Nein - Stimmen:	22	
Enthaltungen:	9	

Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden

Kandidat_innen	abgegebene Stimmen	JA	Prozent	NEIN	Enthaltungen	gewählt
Diana Golze	127	105	82,68	14	8	JA
Gerlinde Krahnert	127	95	74,80	19	13	JA
Thomas Domres	128	111	86,72		2	JA
Norbert Müller	128	72	56,25		2	JA
Harald Petzold	128	55	42,97		2	NEIN

Wahl der Landesgeschäftsführerin

Kandidatin für die Landesgeschäftsführerin: Andrea Johlige

abgegebene Stimmen	128	
JA-Stimmen	107	83,59 %
NEIN-Stimmen	12	
Enthaltungen	9	

Wahl des Landesschatzmeisters

Kandidat für den Landesschatzmeister: Matthias Osterburg

abgegebene Stimmen	128
JA-Stimmen	127
ungültige Stimmen	1
Prozent	100 %

Wahlergebnis Landesvorstand

Kandidatinnen	Prozent	gewählt
Katharina Dahme	66,12 %	ja
Bettina Fortunato	60,33 %	ja
Irene Koeppe	61,16 %	ja
Karin Kühl	47,11 %	nein
Ines Nowack	55,37 %	nein
Dagmar Püschel	60,33 %	ja
Kirsten Tackmann	85,95 %	ja
Daniela Trochowski	80,17 %	ja

Kandidaten (gemischte Liste)	Prozent	gewählt
Andreas Bernig	66,13 %	ja
Daniel Förster	55,65 %	ja
Alexander Frehse	60,48 %	ja
Steffen Hultsch	29,84 %	nein
Klaus Linke	4,03 %	nein
Ines Nowack	43,55 %	nein
Harald Petzold	66,94 %	ja
Thomas Sohn	54,03 %	nein
Felix Thier	58,87 %	ja

Wahlergebnis Landesfinanzrevisionskommission

Kandidat_innen	abgegebene Stimmen	JA	NEIN	Enthaltungen	gewählt
Anita Leddin	121	112	2	7	JA
Brigitte Rex	121	115	1	5	JA
Sylvia Wagner	121	112	2	7	JA
Hans Günter Kolip	125	112	4	9	JA

Wahlergebnis Landesschiedskommission

Kandidat_innen	abgegebene Stimmen	JA	NEIN	Enthaltung	gewählt
Sybille Brock	121	109	1	10	JA
Gerda Günther	121	107	1	12	JA
Margitta Mächtig	121	105	13	2	JA
Kerstin Mutz	121	108	0	12	JA
Daniel Golze	125	83			JA
Gerd Klier	125	87			JA
Jürg Wegewitz	125	80			JA
Dieter Groß	125	70			NEIN

Wahlergebnis Bundesausschuss

Kandidat_innen	abgegebene Stimmen	JA	NEIN	Enthaltung	gewählt
Rosemarie Kaersten	121	96	15	10	JA
Anne Stolpe	121	101	11	9	JA
Maria Strauß	121	98	16	6	JA
Stefan Ludwig	125	102	15	8	JA
Arthur Pech	125	106	8	11	JA
Sebastian Walter	125	111	4	10	JA

Wahlen Bundesausschuss, Ersatzliste

Kandidat_innen	abgegebene Stimmen	JA	NEIN	Enthaltung	gewählt
Andrea Johlige	125	103	11	11	JA
Angelika Skrzypczak	125	112	5	8	JA
Peer Jürgens	129	69	38	11	JA
Matthias Osterburg	129	111	3	4	JA

Rede des Landesvorsitzenden Stefan Ludwig

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir befinden uns in einer wichtigen Etappe unserer Arbeit als Landesverband: In den kommenden 2 Jahren werden wir die Grundlagen unserer Politik für das gesamte Jahrzehnt legen müssen. Wir haben im März dieses Jahres auch die Halbzeit der Koalition im Land. In der Politik unserer Bundespartei wie auch in der Bundes- und Europapolitik stehen in diesem Jahr wichtige Entscheidungen an. Brandenburgs Stimme hatte und hat dabei Gewicht. Das soll so bleiben, wir werden uns in die Durchführung des Parteitages im Juni mit Energie einbringen.

Welches Bild von unsrer Partei möchte ich weiter prägen?

1. DIE LINKE ist die Partei der sozialen Frage, steht für Soziale Gerechtigkeit.

Dies ist bei uns der Dreh- und Angelpunkt eines jeden Politikansatzes. Seit 1991 ist das in der PDS Brandenburg so gewesen, seit ihrer Gründung hat sich die WASG Brandenburg so verstanden, wir haben beide Parteien so zusammengeführt. Denken wir an den Beginn der 90er Jahre: zwei Ausgaben des Projekts „Streusandbüchse“ wurden veröffentlicht, mit denen Ansätze für Arbeit in Brandenburg in Zeiten des Strukturwandels aufgezeigt wurden. Ein Lausitzkonzept wurde erarbeitet, als andere Parteien in Brandenburg noch von der Unendlichkeit der Braunkohlegewinnung und -verstromung ausgingen.

Dieses Engagement hat uns stark gemacht, dies hat Wählervertrauen gewonnen und uns so durch unsere Stärke in Regierungsverantwortung gebracht.

Die Ressortbesetzung in der Landesregierung bildet das durchaus ab. Manchmal erreichen mich fragen, ob wir mit unseren Ressorts in dieser Frage punkten könnten. Ich sage: ja.

Mit seiner Politik sorgt der Wirtschaftsminister jeden Tag für Arbeit, von der man Leben kann in Brandenburg. Er hat sich zum eigentlichen Arbeitsminister im Hintergrund entwickelt. Unter seiner Verantwortung entstand ein Vergabegesetz mit einer Lohnuntergrenze bei öff. Aufträgen. Somit wird niemand mehr arm, wenn er an Öff. Aufträgen arbeitet im Land. Dies entlastet auch die Kommunen, denn diese Beschäftigten müssen nach der Arbeit nicht mehr „aufs Amt“. Er kümmert sich darum, dass diese Lohnuntergrenze nun zügig angehoben wird, um den Entlohten nicht nur ein Leben ohne Armut, sondern in gleichberechtigter Teilhabe zu ermöglichen. Ich gehe davon aus, dass Brandenburg als erstes Bundesland die in unserem Bundestagswahlprogramm avisierte Höhe von 10 Euro ungefähr erreichen wird. Daran arbeiten wir. Die Förderpolitik wurde so verändert, dass an Fördermitteln auch Bedingungen für gute Arbeit hängen.

Unsere Gesundheitsministerin kümmert sich um eine flächendeckende gesundheitliche Versorgung im Land. Sie duldet keine unterschiedlich oder schlecht versorgte Regionen oder die Vertiefung der 2-Klassen-Medizin. Ein Netz an Krankenhäusern überall im Land wird modernisiert.

Der Finanzminister nimmt die Herausforderung an und bringt die Kasse zunehmend ins Lot. Wenn wir 400 Mio. geplante Kredite in einem Jahr nicht aufgenommen haben, kann jeder einfach im Kopf ausrechnen, wie viel Geld durch nicht notwendige Zinszahlungen jedes Jahr für anderes genutzt werden kann, denn bisher zahlt das Land immer nur die Zinsen – es wurde bisher nie etwas zurückgezahlt.

Unser Justizminister kümmert sich täglich um die Einlösung des Rechtsstaatsgebots. Mit der Sicherung von Gerichtsstandorten überall im Land sorgt er nicht nur für kurze Wege der Rechtssuchenden, sondern auch für eine bürgernahe Justiz, die die Verhältnisse in der Region kennt. Er stärkt so auch das Vertrauen in die Demokratie, wirkt gegen die Stärkung von Rechtsextremen in Regionen

des Landes. Wer die Vorteile einer Demokratie erfährt vor Ort, hat gute Gründe, diese Demokratie vor Ort auch zu verteidigen!

Eine weitere Erwartung von Wählerinnen und Wählern an uns wies eine Befragung kürzlich aus: die Verbesserung der Bedingungen für Kinder im Land. Das ist eine Querschnittsaufgabe, an der unsere Regierungsmitglieder beteiligt sind. Auch deshalb haben wir dafür gesorgt, dass nicht nur 1250 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden, sondern 2000! Wir bleiben bei solchen Herausforderungen dran! Doch das geht weit über gute Bildung für alle von Anfang an hinaus. Wir kennen die leider auch hier starke Bindung der Zukunftschancen von Kindern an den sozialen Status der Eltern. Arbeit, von der man leben kann stärkt die Perspektiven der Kinder! Ein dichtes Netz der gesundheitlichen Versorgung der Kinder stärkt ihre Zukunftschancen! Ein Netz von KiTas in allen Regionen ist der Eingang zu lebenslangem Lernen. Auch hier wirken wir der Entwicklung einer 2-Klassen-Gesellschaft entgegen.

Auf all diesen Feldern müssen wir nun Projekte vorantreiben. Wir müssen erklären, wie unsere Schule für alle aussieht, damit sie auch für alle attraktiv wird. Wie werden wir die gesundheitliche Versorgung in dünner besiedelten Regionen stabil halten bei den Folgen der bundespolitischen Abrissbirnen der wechselnden Gesundheitsminister einer in Umfragen kaum noch messbaren Klientelpartei? Unsere Wähler erwarten von uns klare Aussagen dazu, wir müssen das leisten.

Wir wissen, dass wegen der Veränderungen im Rentenrecht, der hohen Langzeitarbeitslosigkeit in den letzten 2 Jahrzehnten und der Folgen der Agenda 2010 Altersarmut im Land droht. Es war unsere Leistung, dass die seit 1990 regierende Brandenburger SPD Armut als Herausforderung im Land anerkannte. Welche Projekte entwickeln wir nun gegen Altersarmut bzw. wie können wir vor Ort damit umgehen? Wir werden die Kommunen damit nicht allein lassen. Wir werden anders agieren, als es andere Regierungsparteien bisher immer getan haben.

Eine Verschlechterung der Bedingungen in der Schülerbeförderung ist für uns nicht akzeptabel. Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket hat auch hier die Bundesregierung der bisherigen Landespolitik Steine in den Weg gerollt. Es ist eine Herausforderung für uns, bei Einhaltung des geltenden Bundesrechts dafür zu sorgen, dass niemand für die Schülerbeförderung Gebühren zahlen muss, der es bisher nicht musste. Dazu ist abgestimmtes Agieren mehrerer Ministerien und der Landkreise notwendig. Daran arbeiten wir.

Ein hervorragendes Netz an KiTa-Betreuungsmöglichkeiten ist ein Faktor, der Brandenburg bundesweit besonders familienfreundlich macht. Wir haben in der Koalition die Schaffung von ca. 90 Erzieherstellen befördert. Welchen Weg gehen wir nun weiter? Andere Länder liegen im Betreuungsschlüssel und damit in Qualität deutlich vor uns.

2. DIE LINKE ist die Bürgerrechtspartei im Landtag Brandenburg.

Seit 1991 bietet die PDS und heute DIE LINKE die Verankerung von Rechten der Bürger auf allen Ebenen als politisches Konzept. Das wollen wir fortsetzen. Wir wissen, dass solche Verfassungspolitik einen langen Atem braucht und dass der Verfassungsalltag das entscheidende Kriterium des Erfolges ist.

So haben wir als verfassungsgebende Partei die Landesverfassung beeinflusst, so haben wir zum Jahreswechsel das Wahl und Abstimmungsalter auf Landes- und Kommunalebene auf 16 Jahre gesenkt. Das ging nur mit Rot-Rot bei Übereinstimmung in dieser Frage mit den Brandenburger Grünen. Mitte der 90er Jahre habe ich im Landtag einen Gesetzentwurf der oppositionellen PDS zur Senkung des Wahlalters begründet, damals hatten wir keine Chance. 15 Jahre später sorgt DIE LINKE als Regierungspartei für die Umsetzung dieser Forderung, dabei als erstes Flächenland auch für Landtagswahlen! Machen wir was draus, ein Antrag dazu liegt uns vor.

Wir haben als erste die Diskussion um unsere strategischen Ziele der Landesentwicklung öff. ge-

führt. Nach der Diskussion um unser Leitbild haben wir das Wählervertrauen erhalten! Nun folgen andere Parteien mal laut und mal leise unserem Weg. Wir werden so weitermachen. Wir bleiben Partnerin von Volksinitiativen, Bürgerinitiativen und anderen direktdemokratischen Initiativen überall, daran hat sich durch Regierungsverantwortung nichts geändert. So werden wir auch in der Flüchtlingspolitik aktiv: in der nächsten Landtagssitzung wird auf unsere Initiative hin die Landesregierung beauftragt, bei der Bundesregierung die Aufhebung des sog. Flughafenverfahrens im deutschen Asylrecht zu verlangen, das sonst am neuen Flughafen BER umgesetzt werden muss. Mit dieser Ausrichtung der Politik ziehen wir auch eine Lehre aus der Geschichte unserer Partei. Wir wissen, dass der mündige und aktive Bürger der beste Schutz unserer Verfassung ist. Deshalb nehmen wir auch in diesem Sinne Einfluss auf die Umsetzung von Gesetzen. Auch deshalb ist es inakzeptabel, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz Mitglieder unseres Landesverbandes beobachtet. Wer aktive Demokratinnen wie Dagmar Enkelmann als mögliche Verfassungsfeinde beobachtet, muss dringend die Brille absetzen, durch die er da schaut! Die LINKE in Brandenburg ist verfassungsgebende Partei, genauso wie der Bundesverband verteidigt er Demokratie und Freiheit! Gut zu wissen, dass der Brandenburger Verfassungsschutz solche Irrwege nicht ging oder geht. Vielleicht ist er auch deshalb nicht bisher in den Erkenntnissen über den Totalausfall deutscher Sicherheitspolitik enthalten. Es ist vor dem Hintergrund deutscher Geschichte unverantwortlich, wie das Handeln eines NSU in Deutschland ermöglicht, begleitet und verschwiegen wurde! Dass 60 Jahre nach Niederschlagung des Faschismus wieder Nicht-Deutsche um ihr Leben fürchten, wir bereits Tote zu beklagen haben, wird auch ein bundesweites Gedenken nicht vergessen machen. Was bisher geschah an Aufarbeitung und Entschuldigung ist noch nicht mal das Notwendige gewesen. Eine Wiederholung der Taten ist noch nicht ausgeschlossen. Wir stehen auch hier an der Seite unserer ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner im Land. Eine aktive und motivierte Zivilgesellschaft schützt unsere Verfassung am besten. Niemand darf sie durch Beobachtung und Kriminalisierung demotivieren!

3. Wir wollen eine Partei des Mitmachens sein.

Wir haben ein anderes Modell der Politikgestaltung, auch deswegen wollen wir Mitgliederpartei sein. Wir wollen, dass Menschen selbst ihre Geschicke bestimmen, also sollten sie nicht nur durch uns vertreten ihre Interessen wahren, sondern unsere Politik selbst bestimmen. Dass müssen wir ausstrahlen! Wer aktivieren will, muss das wahrnehmbar machen. Unterschiedliche Mitgliederzahlen in Regionen haben möglicherweise auch den Hinweis auf Reserven dieser Art in sich.

Wir stehen für einen solidarischen Umgang in der Gesellschaft, das müssen wir glaubwürdig vorleben! Gerade unsere Wählerinnen und Wähler sind da sensibel.

Dabei machen wir immer Politik von links. Zu Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern will ich durch neue institutionelle Formen der Zusammenarbeit die Chance zum Miteinander verbessern. Dazu tragen wir mit der Wahrung von Mitgliederrechten bei. Parteitage beschließen, wer an deren Inhalt etwas ändern will, muss auf Parteitage Änderungsanträge stellen. Diese Beschlüsse sind die Richtschnüre unserer Politik. Die Partei gibt die strategischen Ziele vor.

Ich sehe 3 Hauptaufgaben, die der Landesvorstand in den kommenden 24 Monaten lösen muss:

1. Die begonnene Parteireform im Landesverband muss umgesetzt werden. Bevor wir ab Mitte 2013 wieder Wahlkämpfe bestehen müssen, sollten wir unsere Organisation auf die vom Parteitag beschlossene neue Qualität heben.
2. Mit der Erarbeitung unseres Leitbildes, zu der nach der Auftaktkonferenz im Dezember morgen hier ein weiterer Impuls gegeben wird, bestimmen wir unsere Ziele der Entwicklung Brandenburgs für das gesamte Jahrzehnt.

3. Wir bereiten die Wahlkämpfe 13/14 vor und bestreiten den Bundestagswahlkampf 2013. Dabei werden wir beweisen, dass es nicht vorbestimmt ist, dass die LINKE in Regierungsverantwortung an Zustimmung verliert. Auch werden wir unsere Verankerung in den Kommunalvertretungen verteidigen, obwohl und weil sich für 2014 ein KandidatInnenwechsel in erheblichem Umfang vollziehen wird. Die Landtagswahl im Herbst 2014 werden wir vorbereiten, der im Frühjahr 2014 zu wählende Vorstand könnte das nicht mehr schaffen.

Für diese Riesenaufgaben habe ich einzelne Personalvorschläge gemacht. Mit viel fachlicher und sozialer Kompetenz an meiner Seite möchte ich die Arbeit anpacken. Deswegen habe ich ein Team für Kernaufgaben dem Parteitag vorgeschlagen. Das ist keine Ansage, sondern ein Angebot. Die Kandidaturen sprechen auch für sich. Der Parteitag entscheidet durch Wahl. Einige bisherige Vorstandsmitglieder bewerben sich erneut, ich freue mich, dass sie an meiner Seite weitermachen wollen. Neue Bewerbungen mit Erfahrungen verschiedener Art, auch aus LAGen Vorgeschlagene, stehen bereit, um sich einzubringen. Ich freue mich auf die Arbeit, die ich gemeinsam mit den Landesvorstandsmitgliedern Eurer Wahl angehen will. Wir werden viel zu tun haben, um Brandenburg wieder ein Stück sozial gerechter zu machen!

Rede der Parteivorsitzenden Gesine Löttsch

Unsere Grunderzählung ist die Idee der Solidarität

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich, dass ich hier an Eurem Parteitag teilnehmen kann und möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, Stefan Ludwig recht herzlich zu seiner Wahl zum Landesvorsitzenden zu gratulieren. Zum Abschluss werde ich noch ein paar persönliche Anmerkungen machen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr habt hier ein großes Plakat aufgehängt: Nazis raus aus den Köpfen. Gestern war - wie Ihr wisst und wie auch viele Brandenburgerinnen und Brandenburger durch ihre Anwesenheit unterstrichen haben - in Dresden ein wichtiger Aktionstag. Das Bündnis „Dresden Nazifrei“ hatte dazu aufgerufen. Tausende Menschen waren gekommen, haben den Aufstand der Anständigen umgesetzt. Es war ein großer Erfolg. Viele junge Menschen waren da, freiwillig, aus fester Überzeugung. Ich finde, es ist gut, dass so viele gekommen sind, und wir sollten sie auch in Zukunft alle gemeinsam unterstützen. Ich habe vor einigen Tagen die Bundeskanzlerin aufgefordert, mit ihrem Bundeskabinett ebenfalls nach Dresden zu kommen und sich Nazis in den Weg zu stellen. Ich merke schon an Eurer Reaktion, dass der eine oder andere darüber schmunzelt und sagt: Das ist doch in dieser Bundesrepublik nicht möglich. Aber es gab schon solche Situationen. Am 8. November 1992 hatte unter der Schirmherrschaft des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker ein breites Bündnis aufgerufen. Ursprünglich ging diese Initiative vom Berliner Abgeordnetenhaus aus, aber dann haben wir gemerkt, dass das doch eine größere Sache ist, und Richard von Weizsäcker um die Schirmherrschaft gebeten. Und auf diesen Aufruf kamen 350.000 Menschen nach Berlin, mit dem Bundespräsidenten an der Spitze, der damalige Bundeskanzler war dabei, die damalige Bundestagspräsidentin. Alle diese Menschen haben gemeinsam gegen rechtsextremistische und fremdenfeindliche Gewalt protestiert. Ich glaube, was 1992 möglich war, sollte auch jetzt wieder möglich sein.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Aufstand der Anständigen muss mit dem Aufstand der Zuständigen verbunden werden. Was machen denn die Zuständigen? Wenn sie schon nicht Zivilcourage demonstrieren wollen, dann sollten sie wenigstens ihre Arbeit machen. Aber auch das machen sie nicht. Der größte Verfassungsschutzskandal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, das jahrelange Wüten und Morden einer rechtsextremistischen Untergrundzelle, das ist etwas, wofür bisher niemand persönlich die Verantwortung übernommen hat. Stattdessen wird der Verfassungsschutz von den Regierungen gegen DIE LINKE instrumentalisiert. Das ist genau der falsche Ansatz. Wer Widerstand gegen Neonazis leistet, wird von den Zuständigen beobachtet, verfolgt und verurteilt. Das, liebe Genossinnen und Genossen, dürfen wir nicht länger hinnehmen.

Und wenn wir fordern, dass endlich Schluss mit dieser Art Politik sein muss, wenn endlich die Verbrechen aufgeklärt werden, wenn die Beobachtung nicht nur verboten, sondern gesagt wird, der Verfassungsschutz hat bisher nichts dazu getan, die Verfassung zu schützen, also brauchen wir diese Behörde nicht. Die NPD muss endlich verboten werden!

Unsere Solidarität gilt allen Antifaschistinnen und Antifaschisten, allen Demokratinnen und Demokraten. Wir haben uns häufig mit den bekannten Genossinnen und Genossen solidarisch erklärt - mit Bodo Ramelow, mit André Hahn, mit Caren Lay, mit Michael Leutert, mit Willi van Ooyen und Janine

Wissler. Alle diese Abgeordneten stehen im Mittelpunkt, natürlich ist es für sie unangenehm, und es ist auch kein Spiel, dass sie verfolgt werden. Aber ich erinnere daran, dass noch 900 Verfahren laufen wegen der Proteste in Dresden, und 900 Menschen, die nicht in der Öffentlichkeit stehen – auch sie verdienen unsere Unterstützung.

Zu dem Versagen der Bundesregierung, zum Versagen der Zuständigen passt eine Entscheidung des Bundespräsidialamtes, die gestern bekannt wurde. Das Bundespräsidialamt hat zum wiederholten Mal abgelehnt, Beate Klarsfeld mit dem Bundesverdienstkreuz auszuzeichnen. Ihr erinnert Euch: Beate Klarsfeld hat gemeinsam mit ihrem Mann Serge Naziverbrecher gesucht, gefunden, an die Justiz übergeben – ich nenne die Namen Kurt Lischka, Alois Brunner, Klaus Barbie. Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag hatte vor drei Jahren Beate Klarsfeld und ihren Mann eingeladen und sehr beeindruckende Stunden mit ihnen verbracht. Was mich an Beate Klarsfeld so besonders beeindruckt hat, ist ihr persönlicher Mut, ihr persönlicher Einsatz, und wenn ich mir eine Bundespräsidentin wünschen dürfte, dann wäre es eine Frau wie Beate Klarsfeld. Das Bundesverdienstkreuz ist für sie ja nicht zum ersten Mal beantragt worden. Da Beate Klarsfeld in Frankreich lebt, erteilen zunächst die Außenminister ihre Zustimmung oder ihre Ablehnung, und Josef Fischer von den Grünen hat es genauso abgelehnt wie Guido Westerwelle von der FDP. Und nun das Bundespräsidialamt. Ich glaube, auch das spricht Bände über die Zustände in unserem Land.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Bundespräsidenten bin ich am vergangenen Freitag nach Maßstäben für einen Bundespräsidenten gefragt worden. Und ich habe daran erinnert, wie Richard von Weizsäcker 1985 in seiner Rede zum Jahrestag der Befreiung und mit seiner Position im Historikerstreit ganz deutlich gesagt hat: Der 8. Mai 1945 ist ein Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Dieser Mann, finde ich, hat Maßstäbe für das Amt des Bundespräsidenten gesetzt. Und auch wenn man dieses Amt nicht überhöhen sollte, kleiner sollte man es in Zukunft auch nicht machen.

Ihr habt ja mitverfolgt, dass nach dem Rücktritt von Christian Wulff ganz merkwürdige Dinge passierten. Aber zuvor noch ein Wort zu den Ereignissen vor dem Rücktritt. Manch einer – auch in Zeitungen außerhalb der Bundesrepublik – wirft die Frage auf, ob es hier nicht etwas klein-kariert zuginge, ob man über die falschen Fragen diskutiere. Vielleicht stimmt das an der einen oder anderen Stelle, zumindest als es um das Bobbycar, das Plastikauto für Kinder, ging. Aber es geht hier um eine ganz grundsätzliche Frage. Es geht um die Frage, ob in unserem Land, ob in unserer Demokratie die gleichen Regeln für alle gelten, oder ob es eine Schicht gibt, eine Verquickung von Politik und Wirtschaft, eine Ausprägung des Lobbyismus, die wiederum die Gleichheit aller und die Demokratie in Frage stellen. Bei Christian Wulff war es ja eigentlich so eindrucksvoll, weil da Dinge passiert sind, die sich eigentlich jeder vorstellen kann. Es ging los mit dem Hauskredit. In Deutschland gibt es acht Millionen Hauskredite, etwa 24 Millionen Menschen sind davon betroffen. Vielleicht hat der eine oder andere von Euch auch mal einen Hauskredit aufgenommen. Der Vorteil des Hauskredites von Christian Wulff belief sich auf exakt 90.000 Euro. Mit diesem Geld kann man in einem Haus eine Menge machen. Wenn einem das geschenkt wird, zeigt das, wie die Dinge in unserem Land auseinanderklaffen. Trotzdem muss sich jeder darüber im Klaren sein, dass die Ermittlung durch die Staatsanwaltschaft nicht etwas ist, das völlig unabhängig und neutral geschieht. Es ist ganz einfach. Die Bundeskanzlerin und ihre Freunde haben die Befürchtung gehabt, dass die inzwischen zehnwöchige Debatte ernsthaft die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und im Saarland gefährdet. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Staatsanwalt in Niedersachsen ohne politische Rückendeckung einen derart gravierenden Antrag stellt. Ich glaube, auch dieser Zusammenhang muss benannt werden.

Nun zum Verfahren. In einer Zeitung habe ich den Kommentar der Bundeskanzlerin gelesen, sie würde mit ihren Koalitionspartnern sprechen und dann auf Grüne und SPD zugehen. Warum eigentlich nicht auf DIE LINKE? Auch die ist Teil der Bundesversammlung, wir haben 125 Wahlfrauen und -männer stellen. Wir werden natürlich dort unsere Stimme in die Waagschale werfen. Ich glaube, hier hat Frau Merkel einen entscheidenden Fehler gemacht. Es ist ja nicht die Frage, ob ich oder Klaus Ernst oder Gregor Gysi mit der Bundeskanzlerin an einem Tisch sitzen und darüber diskutieren, wer es werden kann oder nicht. Das ist eine Botschaft an fünf Millionen Wählerinnen und Wähler der LINKEN, denen gesagt wird, ihr gehört nicht dazu, mit euch wollen wir nicht darüber reden, und das lassen wir uns nicht gefallen, liebe Genossinnen und Genossen.

Ihr habt hier auf Eurem Parteitag schon darüber gesprochen, welche Erfolge Ihr im Land Brandenburg erreicht habt, mit welcher Intensität Ihr Euch dafür einsetzt, dass das Leben in diesem Land besser, gerechter, zukunftsgerichtet wird. Eine Partei wie unsere, die seit 20 Jahren in diesem Land entscheidend die demokratischen Strukturen mitgestaltet, ist eine Partei, die sich nicht zur Seite drängen lässt. Eine wichtige Sache, liebe Genossinnen und Genossen, der wir uns auch immer versichern müssen, ist: Wir sind eine selbstbewusste Partei, Ängstlichkeit steht uns nicht, und darum fordern wir auch unsere Rechte im Sinne unserer Wählerinnen und Wähler immer wieder offensiv ein.

Eine der größten Herausforderungen, mit der DIE LINKE im Augenblick zu kämpfen hat, ist die Frage der Krise in Europa. Helmuth Markov wird sich sicherlich erinnern aus seiner Zeit im Europäischen Parlament, wie kompliziert es häufig ist, die Prozesse, die sich auf der europäischen Ebene abspielen, auch so zu übersetzen und so darzustellen, dass man überall, in jeder Kommune, in jedem Dorf, in jeder Schule verstehen kann, worum es eigentlich geht. Für uns als LINKE besteht die Herausforderung im Zusammenhang mit dieser Krise vor allen Dingen in dieser Frage. Wir haben gute Analysen aufgeschrieben, wir haben in der Bundestagsfraktion viele interessante Anträge entwickelt, wir haben viele Detailkenntnisse. Aber ich glaube, die Herausforderung, der wir uns vor allem stellen müssen, ist, zu verhindern, dass diese Krise von den Herrschenden in Europa genutzt wird, um Nationalismus und Feindschaft unter den Menschen zu schüren, um gegen faule Griechen zu hetzen. Unsere Aufgabe ist die der Aufklärung, wir müssen die Solidarität zwischen den Menschen organisieren. Und wenn wir mit Griechenland solidarisch sind, liebe Genossinnen und Genossen, sind wir auch solidarisch mit den arbeitenden Menschen in unserem Land.

Worum geht es denn in dieser Krise? Es gibt viele Begriffe für sie: Schulden-Krise, Euro-Krise, Europa-Krise. Aber man kann es auf den Punkt bringen. Es ist eine Krise der Verteilung. Die einen haben immer weniger, und die anderen haben immer mehr. Es ist doch aberwitzig, dass seit der letzten Krise im Jahr 2008 die Anzahl der Millionäre und der Milliardäre allein in der Bundesrepublik Deutschland nicht ab-, sondern zugenommen hat. Wenn eine Krise dazu dient, Geld anders zu verteilen, nämlich von unten nach oben, dann zeigt es sich, worum es geht, nämlich um Gerechtigkeit, um die Verteilung dessen, was an Reichtum in diesem Land und in Europa vorhanden ist. Und so deutlich, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir das auch benennen.

Das Geld- und Immobilienvermögen liegt in privaten Haushalten in Deutschland - ohne Schmuck, Autos oder Kunstsammlungen dazuzurechnen - bei zehn Billionen Euro. Fragt doch mal diejenigen, die in der Kommune oder im Land Verantwortung tragen, ob sie sich vorstellen können, was sie mit einem Bruchteil dieses Geldes anfangen würden. Ich glaube, Ihr hättet da sehr gute Ideen, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben in Ostdeutschland inzwischen die Situation, dass viele trotz Arbeit arm sind. In unserem

Buch „Die Kommunalen“ haben wir den Genossen Gerhard Rohne aus Prenzlau vorgestellt. Er hat davon berichtet, dass dort, wo er Verantwortung trägt, von 40.000 Menschen im arbeitsfähigen Alter jeder vierte seinen Verdienst mit Hartz IV aufstocken muss. Was wir jetzt in Europa sehen, ist nichts anderes als ein aggressiver Export der Agenda 2010. Die Idee von Hartz IV wird zur Waffe gegen alle anderen Länder in Europa. Und irgendwann, wenn alle anderen Länder die Exporte, die aus Deutschland kommen, nicht mehr bezahlen können, dann wird uns das auch hier unheimlich auf die Füße fallen. Darum - ich wiederhole es - ist die Solidarität mit Griechenland auch eine Solidarität in unserem eigenen Sinne, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich bitte Euch, genau hinzuschauen. Wie ist denn jetzt die Situation in Griechenland? Es wird häufig von den 14 Monatsgehältern gesprochen. Da muss man fragen, wie hoch ein solches Gehalt ist. Es kommt zu Stromabschaltungen. Selbst in Griechenland war dieser Winter kälter als in den vergangenen Jahren, als habe er sich verschworen mit der Krise. Die medizinische Versorgung wird abgebrochen, wenn sie nicht bezahlt werden kann. Kinder werden nach der Geburt in Kliniken zurückgelassen. Innerhalb kürzester Zeit hat sich dieses Land mitten in Europa in ein Land der Dritten Welt entwickelt. Das ist ein Ergebnis der Politik der Bundesregierung. An Griechenland soll ein Exempel statuiert werden. Wir müssen erkennen, dass das etwas ist, was alle bedroht und nicht nur die Griechen.

Diese falsche Politik muss endlich beendet werden. Wir wollen einen Schuldenschnitt, wir wollen ein Wachstumsprogramm, ein Konjunkturprogramm, wir wollen die Finanzierung sicherstellen. Das können wir auch, wenn wir endlich die Finanztransaktionssteuer und die Vermögenssteuer einführen, über die so gern geredet wird. Ich erinnere daran, dass Frau Merkel gesagt hat, sie persönlich könne sich eine Finanztransaktionssteuer vorstellen, aber die FDP wolle nicht. Liebe Genossinnen und Genossen, wollen wir wirklich das Schicksal Europas von einer Partei abhängig machen, die dahinsiecht und in Auflösung begriffen ist? Ich glaube, wohl kaum.

DIE LINKE hat sich im vergangenen Jahr in Erfurt ein Programm gegeben, und das Motto unseres Parteitages war „Freiheit, Würde, Solidarität“. Für mich war dieser Parteitag insofern ein sehr großer Erfolg, weil Monate vorher vorausgesagt wurde, DIE LINKE würde sich zerstreuen und nicht in der Lage sein, sich auf ein Programm zu einigen. Und was ist passiert? In vielen Stunden der Diskussion, durch viele Zuschriften, durch Abwägungen, durch viele Gespräche ist es gelungen, ein Programm zu verabschieden, dem auf dem Parteitag weit über 90 Prozent der Delegierten und auch in der Abstimmung durch die Mitglieder eine ebenso hohe Zahl die Zustimmung gegeben hat. Nun allerdings ist es an uns, dieses Programm auch umzusetzen. Und zwar gemeinsam, aber überall dort, wo jemand eine gute Idee hat. Und Ihr hier in Brandenburg habt gute Chancen. Ihr habt das große Potenzial, dass auch aus Brandenburg, mit Euren Projekten, die Ihr hier entwickelt, ein Rückenwind für die gesamte Partei entstehen kann. Mit den Erfolgen, die Ihr erringt, könnt Ihr der gesamten Partei zeigen: Ja, es lohnt sich, auch wenn es schwierige Diskussionen gibt, in einer Regierung zu arbeiten. Ich habe mich sehr gefreut, lieber Helmuth, als ich heute Morgen in einer Zeitung lesen konnte, dass Du etwas gesagt hast, was ich auch immer zu propagieren versuche. Wir sollten nicht immer vom mitregieren sprechen, das hört sich so klein an, sondern sagen: Wir regieren! Keine andere Partei stellt sich hin und sagt, wir machen da irgendwie mit. Wir müssen selbstbewusst dazu stehen und die Dinge, die wir angehen wollen, auch umsetzen, liebe Genossinnen und Genossen.

Ihr habt Erfolge benannt: 2.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer, Schüler-BAföG, Mindestlohn im Vergabegesetz. Eine Sache will ich hervorheben, die mir seit Jahren besonders am Herzen liegt, AGNES 2 - die Gemeindeschwestern - wird jetzt unter der Verantwortung und auf Initiative von Anita

Tack vorangetrieben. Im Bericht des Landesvorstandes könnt Ihr noch mehr Erfolge nachlesen. Es ist nun mal so, dass nicht jeden Tag jede Zeitung alles Gute, was wir erreicht haben oder was wir erreichen wollen, was wir planen, beschreibt. Und darum müssen wir selber losgehen und überall dort, wo wir Kontakte haben, mit den Menschen sprechen, uns in Initiativen verankern, in Mietervereinen, in Rentenberatungen, in Jugendvereinen, in Kleingartenvereinen. Ihr wisst - ein Kleingarten, vier Wähler. Das ist eine gute Formel, die man sich merken kann. Da müssen wir hin. Da müssen wir selber darüber berichten, was wir erreicht haben und warum wir bestimmte Dinge nicht erreicht haben. Diese Arbeit wird uns keiner abnehmen, liebe Genossinnen und Genossen. Und ich kann Euch nur bitten, unterstützt die Verantwortlichen in der Regierung, in der Fraktion, aber auch die Genossinnen und Genossen in den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften und Bürgerinitiativen, damit sich unsere Ideen und unsere Vorstellungen in diesem Land auch verbreiten.

Ihr habt geplant, heute die Leitbilddiskussion über Brandenburg fortzusetzen. Ein Leitbild, glaube ich, kann man gut mit unserem Programm, mit den programmatischen Angeboten verbinden. Und wir müssen uns als Gesamtpartei doch die Frage stellen: Warum haben viele Menschen vergessen, dass wir die ersten waren, die den Mindestlohn gefordert haben? Warum haben viele Menschen vergessen, dass wir zuerst die Finanztransaktionssteuer gefordert haben. Warum ist das so? Hat das damit zu tun, dass es vielleicht nicht gut aussähe, wenn wir sagen, wir wussten es ja schon, aber die anderen haben es nicht gemacht. Es gibt ja den Spruch: Wer seiner Zeit voraus war, muss häufig in einer sehr unbequemen Unterkunft auf sie warten.“ Ist es nur das? Ich glaube, es muss uns viel mehr gelingen, die Grundidee unserer Partei zu vermitteln. Unsere Grunderzählung ist die Idee einer solidarischen Gesellschaft, wir nennen sie demokratischen Sozialismus. Wir müssen unser Gesamtziel offensiver vermitteln.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir haben immer wieder mit der Diskussion zu tun: Wer sind unsere Partner? Unsere Partner sind zuallererst unsere Wählerinnen und Wähler, die Menschen in diesem Land, die wir von unseren Ideen überzeugen können und die, die wir von unseren Ideen noch überzeugen wollen. Aber natürlich bewegen wir uns auch im politischen Raum. Im Raum der Parteien. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Kollege Sigmar Gabriel, hat erklärt, DIE LINKE sei unzuverlässig. Ich kann das nicht erkennen. Wir als LINKE haben unsere Meinung in den grundsätzlichen Fragen nicht geändert. Wir sind für eine gerechte Gesundheitspolitik, für eine gerechte Rentenpolitik. Wir sind für die Überwindung von Hartz IV. Wir sind für Mindestlöhne, und wir haben niemals unsere Positionen verändert, wir sind die Friedenspartei, die in den deutschen Parlamenten vertreten ist, und dabei wird es auch bleiben. Zuverlässiger kann man nicht sein.

Natürlich schauen wir alle auf die Umfragen, und nicht jede Umfrage gefällt uns. Aber Umfragen sind keine Wahlergebnisse. Abgerechnet wird bei den Wahlen. Und wir sollten auch unsere Sorge über Umfrageergebnisse nicht immer in der Öffentlichkeit als unser wichtigstes Problem besprechen. Das wichtigste Problem ist doch: Wie können wir unsere Idee, unsere Politik so überzeugend an die Menschen herantragen, dass sie auch sagen; Ja, es lohnt sich mit der LINKEN zusammenzuarbeiten, es lohnt sich, DIE LINKE zu wählen, und es lohnt sich auch, Mitglied der LINKEN zu werden. Wir müssen aktiv Menschen für unsere Partei gewinnen. Mit Blick auf unser Programm will ich Gandhi zitieren, der sehr klug gesagt hat: „Sei selbst die Veränderung, die du in der Welt sehen willst.“ Wir sind eine große Gemeinschaft, aber wenn jeder bei sich selbst anfängt, dann sind wir auch ein Stück weiter, liebe Genossinnen und Genossen.

Jetzt komme ich zu dem, was ich am Anfang angekündigt habe. Ich gratuliere Stefan Ludwig sehr

herzlich zu seiner Wahl als Vorsitzender des Landesverbandes der LINKEN Brandenburg. Ich bedanke mich bei Thomas Nord für seine langjährige Arbeit. Er hat ja auch viel Erfahrung in der politischen Arbeit in Berlin gesammelt. Daher kennen wir uns auch seit Anfang der 90er Jahre. Er hat mit großem Elan, mit großer Kontinuität hier in Brandenburg diese Arbeit fortgesetzt. Seit der vergangenen Bundestagswahl ist er ja auch Mitglied der Bundestagsfraktion und kümmert sich dort ums ganz Große, nämlich um Europa. Thomas, ich wünsche Dir für die Zukunft noch viele politische Erfolge und hoffe, dass Du die Ideen, die Du entwickelt hast für das ganz Große, auch umsetzen kannst.

Lieber Stefan, auch wir kennen uns schon sehr lange. Du warst mal einer der jüngsten Abgeordneten. Ich kann mich noch sehr gut erinnern an Deine Zeit als Bürgermeister in Königs Wusterhausen. Du bist in dieser Zeit auch regelmäßig mit Deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu mir in den Bundestag gekommen, und ich konnte mich davon überzeugen, welche hohe Achtung Stefan bei diesen Kolleginnen und Kollegen genossen hat und wie er seine Arbeit gemeistert hat. In einer Kommune ist man ja immer ganz nah dran, deshalb überreiche ich Euch gleich auch das Buch „Die Kommunalen“. Es ist natürlich so, lieber Stefan, wenn man ein neues politisches Amt antritt, wird das von vielen ganz anders beäugt als die vorherigen Ämter. Aber ich kann Dir aus meiner eigenen Erfahrung versichern, Du wirst viele neue Erfahrungen machen, viele Überraschungen erleben, es sind auch gute dabei.

Vielen Dank!